

AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEERKLÄRUNG

20. Mai 2020

Iran: Einzelheiten 6 Monate nach den Tötungsorgien der Sicherheitskräfte mit 304 Toten während der damaligen Demonstrationen

Amnesty International veröffentlichte jetzt, 6 Monate danach, Einzelheiten über die 304 Toten, Männer, Frauen und Kinder, die von den Sicherheitskräften bei äußerst rabiaterm Vorgehen getötet wurden.

AI fand heraus, dass es mehr als 220 Tote an zwei Tagen, dem 16. und 17. November 2019, gab. Neuere Untersuchungen ergaben, dass die Anwendung von Schusswaffen durch die Sicherheitskräfte in den meisten Fällen nicht durch ein Gesetz gedeckt war.

Für fast alle Demonstrationen zwischen dem 15. und 19. November gab es keine Beweise, dass Teilnehmer scharfe Waffen besessen hätten. Sie hatten auch niemanden mit dem Leben bedroht, so dass die Anwendung tödlicher Gewalt nicht gerechtfertigt war. Das ergaben die Untersuchungen und Videoaufzeichnungen, die AI auswertete. Es gab zwei Ausnahmen in einer Stadt am 18. November, wo es zu einem Schusswechsel zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften kam.

„Die Tatsache, dass so viele Leute starben, ohne Gewalt angewendet zu haben, zeigt eine totale Schonungslosigkeit der Sicherheitskräfte bei ihren ungesetzlichen Tötungsorgien,“ sagte Philip Luther, zuständig bei Amnesty International für den Nahen Osten und Nordafrika. „Sechs Monate später führen die verstörten Familien der Opfer weiterhin ihren Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit. Dafür erhalten sie von den Behörden Beleidigungen und Verletzungen. Die vorherrschende Straflosigkeit, die den Sicherheitskräften gewährt wird, erlaubt ihnen, tödliche Waffen zur Beendigung von Meinungsverschiedenheiten anzuwenden. „Wir wiederholen unsere Forderung an die Mitglieder des UN- Menschenrechtsrates, diese Tötungen zu untersuchen und Möglichkeiten für Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu finden. “

In den vergangenen sechs Monaten hat AI Beweise auf Videos und Bildern gesammelt, ebenso auf Totenscheinen und Berichten über Beerdigungen, hat Augenzeugen befragt und auch die Angehörigen der Opfer, ihre Freunde und Bekannte und auch Berichte anderer Menschenrechtsorganisationen ausgewertet.

Todesschüsse und Polizei

Die Opfer wurden von den Sicherheitskräften in 37 Städten und 8 Provinzen getötet. Das zeigt, wie weit gefächert die Übergriffe waren. Die meisten Toten gab es in den Armenvierteln von Teheran (163 Tote). Sehr betroffen waren die von Minderheiten bewohnten Provinzen Khuzestan und Kermanshah mit 57 bzw. 30 Toten. Für jeden der 304 Toten konnte AI glaubhafte Auskünfte bekommen, zum Ort, den Todesumständen und dem Datum der Tat. Unter den Opfern befanden sich 10 Frauen, 236 Männer und mindestens 23 Kinder, bei dem Rest ist das Geschlecht unbekannt. In 239 Fällen konnten die Namen der Opfer identifiziert werden.

AI glaubt, dass die eigentliche Zahl der Opfer höher ist. Quellen haben von weiteren Todesfällen berichtet, AI hatte jedoch nicht genügend glaubhafte Einzelheiten, um diese Fälle belegen zu können. Nach weiteren Informationen wurden in allen Fällen, bis auf vier Ausnahmen, von iranischen Sicherheitskräften getötet, unter ihnen auch Mitglieder der Revolutionsgarden, Basiji und der Polizei. Sie feuerten mit scharfer Munition, meist auf den Kopf oder die Brust zielend, das zeigt, sie

AMNESTY INTERNATIONAL

schoßen, um zu töten. Von den verbleibenden vier Opfern hatten zwei schwere Kopfverletzungen nach Schlägen der Sicherheitskräfte, zwei erstickten am Tränengas.

Verleugnung und Vertuschung durch den Staat

Sechs Monate nach den Tötungen haben die iranischen Behörden noch keine Zahl der Todesopfer genannt. Sie behaupteten, das läge an den Schwierigkeiten, den Grad der Beteiligung der Opfer an den Demonstrationen einzuordnen. Das soll dazu dienen, herauszufinden, ob die Opfer als „Märtyrer“ bezeichnet werden könnten, die Familien erhielten dann finanzielle Gutmachung und andere Bezüge.

Die iranischen Behörden machten eine Reihe falscher Darstellungen und sie stellten Propagandavideos her, die im Fernsehen gezeigt wurden. Die Aussage dabei war, die meisten Opfer seien „Auf-rührer“ oder durch „verdächtige Agenten“, die für ausländische Feinde der Islamischen ,Republik arbeiteten.

Amnesty International hat nur in zwei Fällen dokumentiert, dass Protestler im Schusswechsel mit Sicherheitskräften waren. Das geschah in Mahshahr in Khuzestan. Dabei wurden ein Revolutionsgardist und ein Polizist getötet. Auch bei diesen Vorfällen, die von Überlebenden und durch Videoaufnahmen bestätigt wurden, schränkten die Sicherheitskräfte ihre Scharfschüsse nicht ein und erschossen unbewaffnete Protestler, insgesamt mehr als ein Dutzend Personen.

„Die Weigerung des Staates, die Zahl der Toten preiszugeben und strafrechtliche Untersuchungen durchzuführen und die Verantwortlichen, die diese Tötungen angeordnet und ausgeführt haben, zur Rechenschaft zu ziehen, vermehrt noch den Schmerz,“ sagte Philip Luther.

Methodik

In 126 Fällen sprach AI direkt mit Quellen mit Bezug zu den Toten: Verwandten, Nachbarn, Freunden und Augenzeugen. In 128 Fällen gab es Informationen von Aktiven für die Menschenrechte und Journalisten im Iran und außerhalb. In 34 Fällen konnte AI mit Mediziner*innen aus Einrichtungen sprechen, in denen die Toten aufbewahrt worden waren. Es wurden auch Videos ausgewertet, die im iranischen Fernsehen gezeigt worden waren. Dann wurden die Aussagen miteinander verglichen im Hinblick auf Zeit, Ort und anderen Umständen. Jedes Detail sollte mehrmals bestätigt sein.

Hintergrund

Die Proteste begannen im Iran am 15. November 2019, nachdem die Regierung eine plötzliche Erhöhung des Benzinpreises ankündigte. Zwischen dem 15. und dem 19. November inhaftierten die Behörden willkürlich Tausende der Protestierenden, manche wurden gewaltsam verschleppt, gefoltert und misshandelt, es gab unfaire Gerichtsverhandlungen.

(Werner Kohlhauer: Unautorisierte und leicht gekürzte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original).

Auf der folgenden Seite finden Sie einen Appellbrief an den iranischen Botschafter zu diesem Thema.

ABSENDER

Botschaft der Islamischen Republik Iran
S.E. Herrn Mahmoud Farazandeh
Podbielskiallee 65-67
14195 Berlin

Your Excellency,

I am writing to express serious concern about the Iranian authorities' response to the largely peaceful protests that have taken place across Iran and to request that the Iranian authorities take urgent steps to protect the human rights of protesters and others.

According to credible reports received by Amnesty International, at least 143 protesters have been killed across the country and over a thousand people have been arrested. Video footage verified by Amnesty International shows that security forces used firearms, water cannons and tear gas to disperse protests and beat demonstrators with batons. Images of bullet casings left on the ground afterwards, as well as the resulting high death toll, indicate that they have used live ammunition. The authorities also implemented a near-total shutdown of the internet for a week following the protests and shut off nearly all means of online communications for people inside Iran during this time.

I remind you that, under international law, states must respect the right to freedom of peaceful assembly and security forces may only resort to the use of lethal force when strictly unavoidable to protect against imminent threat of death or serious injury. In addition, everyone has the right to freedom of opinion and expression, which includes the freedom to seek, receive and impart information and ideas through any media, such as the internet. Shutting down communications over the internet also constitutes a systematic assault on the right to freedom of expression under international law.

I call on the Iranian authorities to:

- Immediately end the deadly crackdown against protesters and show respect for human life;
- Immediately and unconditionally release anyone detained solely for peacefully taking part in demonstrations, expressing support for them or criticizing the authorities;
- Protect all detainees from torture and other ill-treatment, and ensure that they have access to their families and an independent lawyer of their own choosing;
- Immediately lift all restrictions on access to the internet and social media to allow people to share information and freely express their opinions;
- Conduct independent impartial investigations into all suspected instances of arbitrary and abusive use of force, and hold accountable anyone who has committed such violations;
- Provide independent human rights observers immediate access to hospitals and detention centres in the country and invite UN mandate holders to conduct fact-finding visits.

Yours sincerely